

## Aargau

# Schule, Noten, AKW: Das bringt der Rechtsrutsch

Alle 140 Gewählten haben vor den Aargauer Grossratswahlen bei Smartvote diverse Fragen zu umstrittenen Themen beantwortet. Eine Analyse der AZ zeigt jetzt: Für die Notenpflicht sieht es gut aus, für die integrative Schule ziemlich düster – und zwei Politiker haben ihre Meinung schon geändert.

Mark Walther

SVP, FDP und EDU haben ab dem nächsten Jahr im Grossen Rat die absolute Mehrheit. Dank dem Gewinn von sieben Mandaten kommen die drei Parteien gemeinsam auf 73 von 140 Sitzen. Das bedeutet: Die Rechte ist nicht auf Stimmen des Mitte-links-Bündnisses angewiesen, um ihre Anliegen durchzubringen oder jene der Gegenseite zu blockieren. Vorausgesetzt, alle ihre Grossrätinnen und Grossräte sind anwesend und höchstens zwei stimmen abweichend ab.

Wo die rechte Mehrheit ihre Muskeln spielen lassen wird, lässt sich bereits jetzt erahnen. Die Online-Wahlhilfe Smartvote hat vor den Wahlen allen Kandidierenden 51 Fragen zu aktuellen politischen Themen gestellt. Von den 140 Gewählten haben alle den Fragebogen ausgefüllt. Aus den Antworten lässt sich herauslesen, bei welchen Fragen die Rechtsbürgerlichen geschlossen sind und in welchen nicht. Die AZ präsentiert die Ausgangslage bei sieben viel diskutierten Themen.

## Die Notenpflicht dürfte kommen

EDU-Grossrat Martin Bossert will die Schulnoten von 1 bis 6 im Gesetz verankern. Die Lehrpersonen in der Aargauer Volksschule sollen verpflichtet werden, Prüfungen ab der dritten Klasse zu benoten. Das verlangt er in einer Motion, die beste Aussichten auf Erfolg hat.

Denn im Smartvote-Fragebogen geben alle 73 Grossratsmitglieder von SVP, FDP und EDU an, eine Noten-

pflcht für alle Prüfungen in promotionswirksamen Fächern in der Volksschule zu befürworten. In einer Abstimmung im 140-köpfigen Rat würde das für die Mehrheit reichen. Die meisten Rechtsbürgerlichen haben die Frage mit einem klaren Ja beantwortet; nur sieben wählten die Option «Eher Ja». Die Linke ist fast geschlossen gegen die Notenpflicht.

Fachleute plädieren in letzter Zeit vermehrt für die Abschaffung der klassischen Noten: Die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler, sagte im «Sonntags-Blick», sie seien in der Primarschule nicht mehr zeitgemäss. Manche Schulen, etwa jene in Würenlingen, haben sie durch differenziertere Bewertungen ersetzt oder arbeiten an der Umstellung.

## Bei der integrativen Schule wird es spannend

Wenn ein Bildungsthema noch kontroverser diskutiert wird als die Noten, dann ist es die integrative Schule. Ein Angriff der FDP auf das System scheiterte am Dienstag im Grossen Rat, der Vorstoss für Förderklassen wurde abgelehnt. Doch weiterer Widerstand ist programmiert. Die designierte Bildungsdirektorin Martina Bircher hat die integrative Schule im Wahlkampf für gescheitert erklärt. Wenn die SVP-Magistratin sie effektiv abschaffen wollte, müsste sie aber auch im neu zusammengesetzten Grossen Rat Überzeugungsarbeit leisten, um sich eine rechtsbürgerliche Mehrheit zu sichern.

Denn bei SVP und FDP gibt es fünf Grossräte, die das System der Integra-

## Die Details und Grenzen der Smartvote-Analyse

Die Kandidierenden konnten auf die Fragen mit «Ja», «eher Ja», «eher Nein» oder «Nein» antworten und ihre Antworten kommentieren. Die AZ hat die Antworten zu den zwei Kategorien «Ja» und «Nein» verdichtet. Die Kommentare wurden nicht berücksichtigt. Was es bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten gilt: Grossratsmitglieder können ihre Meinung ändern. Ausserdem sind fast immer einige Grossräte abwesend. Je nach Konstellation braucht es unterschiedlich viele Stimmen für eine rechte Mehrheit. Ausserdem ist es nicht sicher, dass die abgefragten Themen in der nächsten Legislatur auf der politischen Agenda landen. (mwa)

tion von Kindern mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen in reguläre Schulklassen eher oder klar befürworten, wie sie bei Smartvote angaben. Die Rechte käme so nur auf 68 Stimmen gegen die integrative Schule. Bircher müsste drei Grossräte zum Umschwenken bewegen – oder auf Abweichler bei Mitte-links hoffen.

Allerdings zeigte sich bei der Abstimmung über die integrative Schule, wie flüchtig die Bekenntnisse der Politiker bei Smartvote zum Teil sind. Die SVP-Grossräte Marcel Gerny und René Fiechter stimmten am Dienstag faktisch gegen die integrative Schule – hatten diese bei Smartvote aber noch mit «Eher Ja» befürwortet.



Was machen sie aus der rechtsbürgerlichen Mehrheit? Roland Vogt (SVP, links) im Gespräch mit Lukas Pfisterer (FDP) – zusammen kommen die beiden Fraktionen ab 2025 auf 73 von 140 Sitzen. Bild: Severin Bigler

## Verschärfungen in der Sozialhilfe

Soll der Kanton die Bedingungen zum Bezug von Sozialhilfe verschärfen, zum Beispiel über stärkere finanzielle Anreize, zu arbeiten? Das rechtsbürgerliche Lager hat diese Frage fast einstimmig beantwortet: 72 der 73 Grossräte sagten Ja oder «eher Ja». Im Grossen Rat würde das für die Mehrheit reichen. Einzig SVP-Grossrat Kurt Gerhard hat mit Nein geantwortet.

Fest steht, dass strengere Regeln in der Sozialhilfe den Grossen Rat in der nächsten Legislatur beschäftigen werden. Der Regierungsrat muss bis in zwei Jahren darlegen, ob und wie die Arbeits-

anreize für Sozialhilfebezüger erhöht werden können. Dies, weil der Grosse Rat eine Motion von Adrian Schoop, FDP, für ein sogenanntes Lohnabstandsgebot letztes Jahr als Postulat überwiesen hat.

## Eine Mehrheit will sparen

Dem Kanton Aargau geht es finanziell sehr gut. Die Reserve wächst, Sparprogramme waren in den letzten Jahren kein Thema. Die rechte Mehrheit im Grossen Rat könnte das ändern. Auf die Smartvote-Frage, ob die Sparanstrengungen im Aargau erhöht werden sollen, antworteten 71 von 73 SVP-, FDP- und EDU-Grossrätinnen mit Ja oder

## «Wir möchten Teil der Lösung sein»

Am Samstag tagt das Aargauer Flüchtlingsparlament – was hat es erreicht und wie reagiert es auf den Rechtsrutsch?

Matthias Niederberger

Am Samstag tagt das Flüchtlingsparlament Aargau nach 2022 und 2023 zum dritten Mal. Im Grossratsaal in Aarau kommen Politikerinnen und Politiker von links bis rechts mit 100 Geflüchteten zusammen, um über die Aargauer Asylpolitik zu diskutieren. Vor Ort sein wird auch der Sozialdirektor höchstpersönlich: Jean-Pierre Gallati.

Wie hart soll die Asylpolitik sein? Wie fair? Wie viel darf sie kosten? Diese Fragen haben nach der Grossratswahl vom 20. Oktober noch einmal an Brisanz gewonnen, denn: Im Aargau legte die politische Rechte zu, allen

voran die SVP. Sie fordert Verschärfungen im Asylbereich.

Glaubt man dem Communiqué des Aargauer Flüchtlingsparlaments, lässt sich dieses von der politischen Entwicklung nicht beirren. «Die neue Zusammensetzung des Grossen Rats zeigt, dass wir mit allen Parteien zusammenarbeiten müssen, wenn wir eine faire, nachhaltige Asylpolitik erzielen und kontraproduktive Integrationsblockaden auflösen möchten», lautet ein Zitat von Ömer Kaya, Vorsitzender der Kommission «Dialog mit Parteien».

Diplomatisch gibt sich Shishai Haile, der wie Ömer Kaya im Flücht-

lingsparlament sitzt. Am Telefon sagt er: «Wir sind offen für Diskussionen mit allen Parteien und versuchen, die Perspektive der Geflüchteten sichtbar zu machen. Gleichzeitig möchten wir aufzeigen, dass von einer zielgerichteten und fairen Asylpolitik alle profitieren können.»

## Eine neue Kommission für Personen mit Beeinträchtigung

Während des Jahres trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kommissionen zu virtuellen Sitzungen, um über verschiedene Themen zu diskutieren und Vorschläge auszuarbeiten. Shishai Haile präsi-



2022 traf sich das Aargauer Flüchtlingsparlament zum ersten Mal zu einer Session im Grossratsaal. Bild: Alexander Wagner





«Eher Ja». Das würde genau für die Mehrheit reichen, um einen Vorstoss durch den Grossen Rat zu bringen.

#### Mehr Geld für Prämienverbilligungen? Mitte als Zünglein an der Waage

Soll der Kanton mehr Mittel für die Krankenkassen-Prämienverbilligungen zur Verfügung stellen? Von den 140 Gewählten antworteten 85 und damit eine Mehrheit mit Nein oder «eher Nein».

Rein aufgrund des Smartvote-Fragebogens ergäbe sich aber noch keine rechte Mehrheit. 67 der 73 SVP-, FDP- und EDU-Grossräte wären klar oder eher gegen höhere Prämienverbilligungen

und 6 eher dafür. Dass es dennoch eine Nein-Mehrheit gibt, liegt vor allem an der Mitte: 13 ihrer 18 Grossratsmitglieder sagen Nein oder «eher Nein».

#### Regierungsrat soll Boden für ein neues AKW ebnen

Im Aargau soll «raschestmöglich» ein Atomkraftwerk gebaut werden können. Die SVP-Fraktion verlangt vom Regierungsrat, er solle alle notwendigen Vorkehrungen dafür treffen. Im neu zusammengesetzten Grossen Rat hat die Motion gute Chancen auf Erfolg. 72 der 73 rechtsbürgerlichen Grossräte haben bei Smartvote mit Ja oder «eher Ja» auf die Frage geantwortet, ob es in der

Schweiz wieder erlaubt sein soll, Atomkraftwerke zu bauen. Einzig Emanuel Suter von der SVP ist mit «eher Nein» ausgeschert.

#### Bei den 5G-Antennen ist der Grosse Rat sich einig

In manchen Fragen sind sich die Grossratsmitglieder über die Parteigrenzen hinaus einig. Am deutlichsten zu sehen ist diese Einigkeit im Smartvote-Fragebogen bei der Frage, ob das Schweizer Mobilfunknetz möglichst flächendeckend mit der 5G-Technologie ausgestattet werden soll. 123 gewählte Grossratsmitglieder befürworten das, nur gerade 17 sind dagegen.

diert die neu gegründete Kommission «Beeinträchtigung». «Wer flüchtet, muss in der Schweiz in vielen Bereichen von vorne anfangen. Hat man zusätzlich noch eine Beeinträchtigung – oder muss jemanden in der Familie pflegen – ist das eine Doppelbelastung», sagt er. Oft seien diese Personen benachteiligt, wenn es um eine Ausbildung oder Anstellung gehe. Zusammen mit der Aargauer Politik und der Verwaltung will Haile Lösungen finden.

Weiter möchte das Flüchtlingsparlament den Zugang zur Ausbildung für erwachsene Geflüchtete, vorläufig Aufgenommene und Mütter vereinfachen. Zudem soll der bürokratische Aufwand reduziert werden: für die Arbeitsintegration der Ukrainerinnen und Ukrainer mit Schutzstatus S, aber auch was den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Abgewiesene und psychisch Belastete betrifft. Shishai Haile betont: «Wir möchten Teil der

Lösung sein und unseren Beitrag zum Wohlstand der Schweiz leisten.»

#### Was hat das Flüchtlingsparlament bisher erreicht?

Vor zwei Jahren tagte das Aargauer Flüchtlingsparlament zum ersten Mal. Es hat laut eigenen Angaben «schon erste Erfolge und leider auch Enttäuschungen erlebt». Einerseits habe die Verwaltung «eine gewisse Dialogbereitschaft gezeigt, innerhalb des gesetzlichen Rahmens verständnisvoll und mit gesundem Menschenverstand auf Unklarheiten und Missverständnisse zu reagieren», heisst es im Communiqué.

So wurde etwa die Altersgrenze für Arbeitsintegration (INVOL) auf 40 Jahre erhöht. Die Lernenden besuchen während eines einjährigen Programms an zwei Tagen pro Woche die Berufsfachschule, an drei Tagen arbeiten sie in einem Betrieb, um praktische Erfahrungen im angestrebten Berufsfeld zu sammeln.

Weiter werde die Arbeitsintegration für Mütter zunehmend zugänglich gemacht, ein Ziel des Flüchtlingsparlament, und der Grosse Rat hat das Tagesgeld der Asylhilfe leicht erhöht. Darüber freut sich Haile, aber: «Aus meiner Sicht reicht das noch nicht. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist der Betrag im Kanton Aargau immer noch sehr tief.» Vom Grossen Rat abgelehnt wurde der vom Flüchtlingsparlament unterstützte Vorstoss, welcher Stipendien für vorläufig Aufgenommene hätte finanzieren sollen. «Das war für mich eine Enttäuschung, dieses Geld wäre gut investiert gewesen», sagt Haile.

Am Samstag trifft sich das Flüchtlingsparlament um 13 Uhr im Grossratsaal in Aarau. Die Kommissionen werden ihre Ergebnisse präsentieren, Grossratsmitglieder werden die Sichtweisen ihrer Parteien einbringen und Fragen der Geflüchteten beantworten, um dann Ideen in die politischen und öffentlichen Aargauer Debatten einzubringen.

## Amok-Drohungen an drei Schulen

Suhr, Lenzburg und Bremgarten betroffen: Polizei ermittelt und richtet sich an Eltern.

Alessandro Crippa und Fabian Hägler

Amok-Drohung in Suhr am Dienstag, die Schule blieb am Donnerstag geschlossen. Gestern dann ähnliche Drohungen in Lenzburg und in Bremgarten. Vor zwei Monaten war eine Schule in Buchs betroffen. Eltern, Schüler, Lehrerinnen – sie alle sind in Aufruhr. Die entwerrende Meldung vorneweg: Es deutet alles darauf hin, dass es sich um üble Scherze handelt. So lautet die Formulierung, die die Kantonspolizei Aargau in einer Medienmitteilung vom Donnerstagnachmittag wählt.

#### Lenzburg: 11-jähriger gesteht die Tat

In Schulen in Lenzburg und Bremgarten fanden sich am Donnerstag auf den WC-Anlagen neuerlich Amok-Drohungen, handschriftlich verfasst. Die Schulleitungen schalteten sofort die Kantonspolizei ein.

Neben den üblichen Sofortmassnahmen nahm die Polizei ihre Ermittlungen auf, schreibt sie weiter. In Lenzburg, beim Schulhaus Bleicherain an der Angelrainstrasse, führten diese bereits am Mittag zu einem 11-jährigen Schüler. Dieser gestand in der Folge, die Drohung angebracht zu haben, weil er Ähnliches auf Tiktok gesehen habe. Er wird sich nun vor der Jugendanwaltschaft verantworten müssen.

#### Bremgarten: Ermittlungen laufen weiter

Im Fall der Schule in Bremgarten – betroffen ist die Anlage Isenlauf – dauern die Ermittlungen dagegen noch an, heisst es seitens der Polizei. Aber: Auch hier deutet alles auf einen üblen Scherz hin, mit dem wohl jemand andere Vorfälle oder fragwürdige Inhalte auf sozialen Medien nachahmen möchte. Die Kantonspolizei schreibt weiter: «Fakt ist jedenfalls, dass Hinweise auf eine konkrete Gefährdung fehlen.»

«Die Absprachen zwischen den Schulleitungen und der Kantonspolizei haben super geklappt», sagt Bernhard Graser, Mediensprecher bei der Kantonspolizei Aargau, gegenüber der AZ. Die Polizei habe mit ihren Fachstellen Hilfe anbieten können. «Solche Situationen an

Schulen sind nicht ganz einfach zu handhaben.»

Trotz der Drohungen läuft der Schulbetrieb in Lenzburg und in Bremgarten aktuell normal weiter, wie Graser bestätigt. Er macht aber einen eindringlichen Aufruf: «Die Kantonspolizei Aargau ersucht Eltern, ihre Kinder auf den ernsthaften Hintergrund und die gravierenden Folgen solcher unbedachten Handlungen aufmerksam zu machen. Und seien diese bloss als vermeintlicher Scherz gemeint, stehen schwerwiegende Straftaten im Raum, denen die Strafverfolgungsbehörden konsequent nachgehen.»

#### Amok-Merkblatt der Polizei für Schulen nicht öffentlich

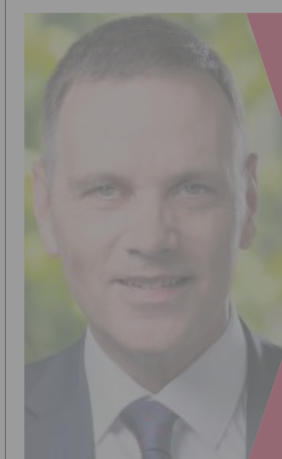
Amok-Drohungen sind kein neues Phänomen, schon 2009 verschickte das Bildungsdepartement ein Merkblatt zum Umgang mit solchen Fällen. Darin gab es Ratschläge, wie sich Lehrpersonen und Jugendliche zu verhalten haben, wenn sie nach einem Knall eine Schussabgabe vermuten. Man solle von der Zimmertüre wegbleiben und den Aussenbereich der Schule in geduckter Stellung beobachten, hiess es darin.

Und die Lehrperson solle über das Handy oder mit einem Plakat am Fenster vorsichtig versuchen, mit der Polizei Kontakt aufzunehmen. Das vollständige Merkblatt war 2009 den Lehrpersonen vorbehalten. Dieser Krisenfall sollte nicht wie ein Brand im Schulhaus geübt werden. Man wollte später Amokläufern keine vorteilhaften Informationen verschaffen, hiess es damals vom Departement.

«Das Merkblatt zu Amok von 2009 wurde von Seiten des Departements nicht mehr aktualisiert», teilt Sprecherin Sascha Giger auf Anfrage mit. Die Kantonspolizei Aargau habe für der Schulen ein neues Amok-Merkblatt erarbeitet. «Dieses ist zur Verhinderung von Nachahmereffekten nicht online verfügbar», ergänzt Giger.

Das Bildungsdepartement empfehle den Schulen, standortbezogene Kriseninterventionskonzepte zu entwickeln, die im Umgang mit Notfällen und schwierigen Schulsituationen hilfreich seien. «Dies kann auch die Amok-Drohung umfassen», erläutert die Sprecherin.

ANZEIGE



«Mit der einheitlichen Finanzierung haben Kantone und Versicherer künftig den gleichen Anreiz, die Verlagerung von stationären zu ambulanten Leistungen zu fördern. Das senkt Gesundheitskosten. Deshalb sage ich JA zu EFAS.»

Jean-Pierre Gallati, Regierungsrat / Gesundheitsdirektor Kanton Aargau

**ja** 24. November  
zur einheitlichen Finanzierung